

Kanada: Hintergrundinformation

Die kanadische Regierung betont die guten Beziehungen zu den indigenen Völkern des Landes. Gleichzeitig genehmigt und finanziert sie umweltzerstörende Megaprojekte zur Weiterleitung fossiler Brennstoffe, die ohne die rechtmäßige „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ indigener Gemeinschaften durchgeführt werden und bei denen die Zerstörung von Ökosystemen und Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen werden.

In der kanadischen Provinz British Columbia (BC) kämpfen die Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en Nation zum Schutz ihres Territoriums und ihrer Lebensweise seit mehr als einem Jahrzehnt gegen den Bau einer Flüssiggas-Pipeline des kanadischen Unternehmens TC Energy, der inzwischen weitgehend abgeschlossen ist. Die 760 Kilometer lange Coastal GasLink Pipeline verläuft quer durch ihr 22.000 Quadratkilometer großes Territorium bis zum LNG-Terminal in Kitimat.

Nach einem bahnbrechenden Urteil des *Supreme Court of Canada* von 1997 sind die nach dem Erbrecht legitimierte Oberhäupter (Hereditary Chiefs) der Wet'suwet'en die traditionellen Autoritäten ihrer Nation und ihres Landes, auf dem sie seit Urzeiten leben und das sie niemals abgetreten haben. Im Gegensatz zu ihnen unterzeichneten andere Gemeinschaften der Wet'suwet'en mit Coastal GasLink Nutzungsvereinbarungen im Austausch für eine finanzielle Entschädigung, haben aber kein Recht über das Land der Hereditary Chiefs zu entscheiden.

Zur Durchsetzung des Pipelinebaus beantragte Coastal GasLink entgegen aller Proteste der Wet'suwet'en Landverteidiger*innen und ihrer Unterstützer*innen beim *Supreme Court of British Columbia* eine einstweilige Verfügung, die dieser 2019 bewilligte. Dadurch wurde nicht nur die Fortsetzung des Baus ohne die Zustimmung der Wet'suwet'en möglich, sondern die Verfügung enthält auch besondere Vollstreckungsklauseln, nach denen Personen, die sich den Baustellen nähern und bestimmte Straßen blockieren, verhaftet werden können. Für sie bedeutet das eine unangemessene Beschränkung ihrer Rechte auf Selbstverwaltung und Kontrolle ihres Territoriums und ihrer friedlichen Versammlungs- und Bewegungsfreiheit. Wie Amnesty International in einer umfassenden Studie dokumentiert, kommt es seitdem zu Einschüchterung, Belästigung sowie unrechtmäßiger und aufdringlicher Überwachung der Wet'suwet'en seitens der kanadischen Polizei (RCMP) und der Sicherheitskräfte des Unternehmens.

Bei vier groß angelegten Razzien zwischen 2019 und 2023 agierte die Polizei (RCMP) mit unverhältnismäßiger Härte und rechtfertigte ihr Vorgehen mit der einstweiligen Verfügung. Sie war mit Scharfschützen, Hundestaffeln und Hubschraubern vor Ort, drang gewaltsam in Häuser ein und schüchterte unbewaffnete und friedlich Protestierende massiv ein. Über 75 Personen wurden willkürlich verhaftet. Nach Recherchen von Amnesty International gab es während der Polizeirazzien, Festnahmen und Inhaftierungen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Indigene Landverteidiger*innen wurden rassistisch diskriminiert, indem sie beleidigt und härter behandelt wurden als nicht-Indigene. Sie wurden an Händen und Füßen gefesselt und mussten in langen Unterhosen vor Gericht erscheinen.

Wegen Missachtung der einstweiligen Verfügung wurden 20 Landverteidiger*innen von der Generalstaatsanwaltschaft von British Columbia angeklagt. Fünf Angeklagte bekannten sich schuldig und wurden zu Geldstrafen und Sozialarbeit verurteilt. Nachdem sieben Anklagen fallen gelassen wurden, sprach der *Supreme Court of British Columbia* Anfang 2024 drei der Angeklagten wegen Missachtung der einstweiligen Verfügung für schuldig. Ihnen drohen 30 Tage Haft. Das Verfahren dauert an, da das Gericht gegenwärtig ihre Anträge wegen Verfahrensmisbrauchs bzw. wegen Menschenrechtsverletzungen prüft. Amnesty International hat diesen Schuldspruch verurteilt und wird den Prozess auch weiterhin sehr genau beobachten.

In der Vergangenheit haben sich verschiedene UN-Gremien wiederholt an die kanadische Regierung gewandt und ihre Sorge über die Kriminalisierung der Landverteidiger*innen sowie die andauernde Überwachung und Souveränitätsverletzung auf Wet'suwet'en Land zum Ausdruck gebracht. Sie forderten die Regierung auf, alle Genehmigungen des Pipelinebaus auszusetzen bis die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ der Betroffenen eingeholt wurde, so wie es in der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) verankert ist. Obwohl die Parlamente der Provinz- und Bundesregierung die Umsetzung der UN-Deklaration per Gesetz in Kraft gesetzt haben, missachtet Kanada zugunsten wirtschaftlicher Interessen die Menschenrechte indigener Völker.

Marianne Kersten, Amnesty International, Themenkoordinationsgruppe für Menschenrechte und indigene Völker

